

Antworten aus der FDP-Bundestagsfraktion

vom nahostpolitischen Sprecher Dr. Rainer Stinner, MdB vom 15.09.09 und vom außenpolitischen Sprecher Dr. Werner Hoyer vom 08.09.09

Deutsche Außenpolitik im Nahen Osten ist immer Politik unter besonderen Vorzeichen. Das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat ist unverzichtbare Konstante liberaler Außenpolitik. Zudem verdient Israel als derzeit einzige Demokratie in der Region unsere besondere Unterstützung. Das schließt Meinungsverschiedenheiten mit unseren israelischen Freunden über den richtigen Weg zur Erreichung des Zieles eines Lebens in Frieden und Sicherheit nicht aus. Aus historisch gewachsener Verantwortung ebenso wie aus wohlverstandenen Eigeninteresse muss Deutschland eine aktive Nahostpolitik betreiben. Das besondere – vielleicht einzigartige – Kapital, das Deutschland hierbei einzubringen hat, ist die Verbindung aus seiner Freundschaft zu Israel und seinem Ansehen in der arabischen Welt. Dieses Kapital klug einzusetzen, und das heißt auch, es nicht aufs Spiel zu setzen, ist der größte und wichtigste Beitrag, den Deutschland im Nahen Osten zu leisten im Stande ist.

Die Vorstellung, man könne den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern in einzelnen Elementen oder isoliert von den anderen Fragen in der Region behandeln, ist nicht zielführend, weil die Verflechtung der Einzelkonflikte viel zu groß ist – Grenzkonflikte, Flüchtlingsfragen, Finanzierung von Terrorismus und vieles mehr. Zudem haben uns die vergangenen Jahrzehnte dieses ungelösten Konfliktes gelehrt, dass auch im Angesicht unschuldig leidender Zivilisten Schuldzuweisungen in die eine oder andere Richtung nicht dem Friedensprozess dienen, sondern im Gegenteil die Gräben des gegenseitigen Hasses immer tiefer werden lassen. Eben diese Gräben aus Hass, Gewalt und wechselseitiger Demütigung müssen aber überwunden werden, wenn eine nachhaltige Aussöhnung in der Region eines Tages Realität werden soll. Weder Amerika noch Europa können Frieden vorschreiben oder gar erzwingen. Frieden setzt die Friedensbereitschaft der Konfliktparteien voraus.

Aus diesen Beobachtungen ergeben sich im Kern zwei Konsequenzen: erstens das Erfordernis der Etablierung eines umfassenden und deshalb regionalen Lösungsansatzes und zweitens die Notwendigkeit der weitestmöglichen Loslösung eines solchen Ansatzes von der Tagespolitik. Nach dem Vorbild des KSZE-Prozesses fordern wir Liberalen deshalb eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO), in deren Rahmen neben den regional beteiligten Konfliktparteien auch die USA, Europa, Russland und die Vereinten Nationen an einen Tisch gebracht werden. Schon oft schien eine Lösung des Nahostkonfliktes in greifbarer Nähe, und noch öfter gab es schwere Rückschläge auf dem Weg zu einer Friedenslösung. Eine Grundbedingung für eine nachhaltige Friedenslösung ist auch heute noch ein umfassender Gewaltverzicht. Es ist vollkommen klar, dass weder Israel noch die internationale Staatengemeinschaft es hinnehmen könnten, dass irgendeine Organisation auf dieser Welt Erfolg dabei hätte, sich internationale Anerkennung oder gar einen eigenen Staat mit Gewalt zu erzwingen. Würde man dies in einem Fall akzeptieren, dann fände dies weltweit Nachahmer, und die Welt wäre weitaus unsicherer als zuvor. Zugleich vertreten wir die Meinung, dass Israel sein legitimes Streben nach einem Leben in Frieden und Sicherheit nur im Rahmen einer Zweistaatenlösung wird erreichen können. Hierfür werden beide Seiten zu für sie schmerzhaften Kompromissen bereit sein müssen,

einschließlich der von Ihnen angesprochenen Fragen hinsichtlich der Siedlungsaktivitäten im Westjordanland, bei der Rückkehr von Flüchtlingen und vielen weiteren Fragen. Nach Jahrzehnten des Krieges ist es dabei wenig hilfreich, mit der Klärung der Schuldfrage zu beginnen oder neue Gewalteskalationen als Szenario an die Wand zu malen. Vielmehr muss vom Ergebnis her gedacht werden, mit der Perspektive zweier Staaten, die in Frieden und Sicherheit leben und sich entwickeln können. Trotz aller Rückschläge ist diese Perspektive alternativlos. Eine erfolgreiche Nahostpolitik muss auf jene Kräfte der Region setzen, die Fundamentalismus und Gewalt ablehnen.

Hinsichtlich der Frage des Siedlungsbaus unterstützen wir die Linie des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, der zu einem umfassenden Siedlungsstopp aufgerufen hat. Ohne Zweifel ist der sich fortsetzende Siedlungsbau im Westjordanland ebenso ein Problem für den Friedensprozess wie es ein brisantes innenpolitisches Thema in Israel ist. Den staatlichen Institutionen in Israel ist die Kontrolle über manche Siedlergruppen längst entglitten. Vor der offen demonstrierten Gewaltbereitschaft radikaler Siedler scheuen inzwischen selbst staatliche Autoritäten zurück, weswegen manchen Siedlungsaktivitäten jenseits des Friedensprozesses zunächst einmal als Herausforderung für Israel als Rechtsstaat betrachtet werden müssen.

Zudem hat der Siedlungsbau hohe symbolische Bedeutung für aktuelle Friedensbemühungen. Präsident Abbas braucht dringend auch auf diesem Gebiet Erfolge, damit er in den eigenen Reihen seinen moderaten, gewaltfreien Kurs weiter fortsetzen kann. Israel wird sich in der Siedlungsfrage also genauso bewegen müssen wie die Palästinenser ihre Kompromissfähigkeit bei den Kernfragen des Konfliktes unter Beweis zu stellen haben – auch deshalb, weil beide Seiten zeigen müssen, dass sie dazu in der Lage wären, eine eines Tages auf dem Papier getroffene Friedenslösung dann auch gegenüber der eigenen Bevölkerung durchzusetzen. Jeder Versuch, dies von außen durch Maßnahmen erzwingen zu wollen, wäre zum Scheitern verurteilt.

Die humanitäre Lage im Gazastreifen sehen auch wir mit allergrößter Sorge. Es verwundert nicht, dass der illegale – und dann nicht mehr kontrollierbare – Handel durch Tunnelsysteme an der Grenze zu Ägypten floriert, wenn über offizielle Grenzübergänge Waren zur Versorgung der Bevölkerung nicht in ausreichendem Maße den Gazastreifen erreichen können. Es muss ein Weg gefunden werden, wie der Waffenhandel in den Gazastreifen verhindert und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Auf der anderen Seite wird die Hamas ihre Bereitschaft unter Beweis stellen müssen, den Friedensprozess auch zum Erfolg zu führen. Das bedeutet zuallererst einen ausnahmslosen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zu einem innerpalästinensischen Ausgleich, der die Überwindung der Trennung von Westjordanland und Gazastreifen als eine der notwendigen Voraussetzungen für eine umfassende Friedenslösung zum Ziel haben muss.